Anjo G. Harryvan
André Krause
Hans Vollaard (Hrsg.)

Europa zwischen Hoffnung und Skepsis

Deutschland und die Niederlande über die europäische Integration seit 1990

WAXMANN

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Anjo G. Harryvan, André Krause
Hans Vollaard (Hrsg.)

Europa zwischen Hoffnung und Skepsis

Deutschland und die Niederlande über die europäische Integration seit 1990

Waxmann 2018
Münster • New York

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Unterstützt durch die Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Print-ISBN 978-3-8309-3741-8
E-Book-ISBN 978-3-8309-8741-3

© Waxmann Verlag GmbH, Münster 2018
Steinfurter Straße 555, 48159 Münster

www.waxmann.com
info@waxmann.com

Umschlaggestaltung: Inna Ponomareva, Düsseldorf
Umschlagabbildung: © Joep Bertrams
Satz: Sven Solterbeck, Münster
Druck: Těšínská tiskárna, Tschechien

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier,
säurefrei gemäß ISO 9706

Printed in Europe

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.
Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Dankwort

Einleitend einige mit Dankworten verknüpfte Bemerkungen zur Entstehungsgeschichte des vorliegenden Sammelbandes. Als Herausgeberteam sprechen wir zunächst Prof. Jan van der Harst und Prof. Gerrit Voerman unseren Dank aus, da unsere beiden Kollegen von der Rijksuniversiteit Groningen die Idee hatten, sich im Rahmen einer internationalen Konferenz mit dem damals wie heute allgegenwärtigen Thema „Europa" auseinanderzusetzen. Schon bald schlossen sich Prof. Dr. Friso Wielenga, Direktor des Zentrums für Niederlande-Studien in Münster, und Hans Vollaard (damals noch) von der Universiteit Leiden, Co-Herausgeber dieses Buches, an, um sich an den inhaltlichen Vorbereitungen der Tagung zu beteiligen. Diese wurde letztendlich vom Zentrum für Niederlande-Studien der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und den beiden oben aufgeführten niederländischen Universitäten in der Bibliothek des Hauses der Niederlande in Münster im April 2016 durchgeführt. Wir möchten betonen, dass es sich bei dieser Publikation nicht um einen klassischen Tagungsband handelt, weil die Autoren, denen ein besonders großes Dankeschön für ihre Beiträge gebührt, Texte verfasst haben, die inhaltlich weit über die Vorträge während der Konferenz hinausgehen und speziell für diesen Sammelband konzipiert worden sind. Hervorheben möchten wir darüber hinaus die Rolle von Prof. Friso Wielenga, der uns als Herausgeberteam stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden und somit auf organisatorischer und inhaltlicher Ebene einen essenziellen Beitrag für die Entstehung der vorliegenden Publikation geleistet hat. Bedanken möchten wir uns zudem sehr herzlich bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW und beim Waxmann Verlag, ohne deren Unterstützung die Realisierung dieses Projektes nicht möglich gewesen wäre. Allen voran Beate Plugge, Lektorin beim Waxmann Verlag, hat uns zu jeder Zeit ausgezeichnet beraten. Abschließend gilt unser Dank Joep Bertrams, der unseren Band mit einer hervorragenden Karikatur veredelt hat und nicht zuletzt Annegret Klinzmann, die mehrere Texte aus dem Niederländischen ins Deutsche übersetzt hat.

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Inhalt

Einleitung 9

Martin Große Hüttmann
Leitbilder der deutschen Europapolitik im Wandel
Von den „Vereinigten Staaten von Europa“ zur „Stabilitätsunion“ 23

Anjo G. Harryvan und Jan van der Harst
Lavieren zwischen nationalem Interesse und populistischen Sentiments
Die Suche nach einem neuen niederländischen Regierungsdiskurs
über die europäische Integration 49

Oliver Treib
Deutsche Parteien und die EU
Traditioneller Integrationskonsens trotz zunehmend euroskeptischer Bürger . . . 67

Hans Vollaard und Gerrit Voerman
Niederländische Parteien und die europäische Integration
Vom Einheitsbrei zum Spaltpilz? 95

Wilhelm Knelangen
Die öffentliche Meinung zur Europäischen Union in der Bundesrepublik
Deutschland 115

Joop van Holsteyn und Josje den Ridder
„Europinie“
Die niederländischen Bürger und ihre Meinungen über Europa
und die europäische Integration 135

Wolfgang Schroeder
Deutsche Sozialpartner und Europa
Zwischen EU-Optimismus und EU-Pessimismus 159

Elbrich Offringa
Die Federatie Nederlandse Vakbeweging, FNV, und der Weg
in ein soziales Europa – vom Konsens zum Konflikt?
Eine Fallstudie über die sich wandelnde Haltung der Gewerkschaften
bezüglich der europäischen Integration 1989–2016 181

Autorinnen und Autoren 211

Register 215

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Einleitung

Die europäische Integration stellt vielleicht das wichtigste Experiment in den internationalen Beziehungen des vergangenen halben Jahrhunderts dar. Da es sich bei der Europäischen Union um die erfolgreiche Verankerung eines gemeinschaftlichen Strebens nach Frieden und Wohlstand handelt, ist die Aufmerksamkeit für sie sehr groß. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich jedoch gezeigt, dass diese Erfolge ihre Selbstverständlichkeit eingebüßt haben: Die Bankenkrise, die Schuldenkrise und die Flüchtlingskrise sowie das britische Vorhaben, die Europäische Union zu verlassen, haben das Denk- und Gesprächsklima in Bezug auf Europa radikal verändert. Nun ist offensichtlich nichts mehr „selbstverständlich". Die Europäische Union steht demnach mehr als jemals zuvor zur Diskussion. Es liegt auf der Hand, dass Wissenschaftler ihre Augen vor diesen Entwicklungen nicht verschließen. Gerade *sie* sind nun dazu aufgerufen, eine häufig emotional geführte gesellschaftliche Debatte mit Forschungsergebnissen zu bereichern, die – nicht zuletzt unter Entscheidungsträgern in der Politik oder Meinungsmachern in den Medien – zu einer Versachlichung der tiefgreifenden inhaltlichen Auseinandersetzungen beitragen können. Deshalb ist es notwendig, das Thema „Europa" auf wissenschaftlicher Ebene in all seinen Facetten zu beleuchten. Der vorliegende Sammelband hat den Anspruch, einer möglichst breiten Öffentlichkeit Perspektiven und Alternativen für unseren Kontinent aufzuzeigen. Daher wird in dieser Publikation das Denken über Europa in einem großen und einem kleinen EU-Mitgliedsland auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen untersucht: Die Ebene der Regierungen, die Ebene der Interessenvertretungsorganisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Ebene der politischen Parteien und des Parlaments, die Ebene der Bürger und der öffentlichen Meinung. Dazu ist es notwendig, sich in einem ersten Schritt umfassend mit dem Thema „Repräsentative Demokratie" zu beschäftigen.

Repräsentative Demokratie ist konstitutiv für die Europäische Union – so steht es im Vertrag über die Europäische Union. Das Ideal der repräsentativen Demokratie beinhaltet zunächst, dass Regierungen vor dem Volk und seinen Vertretern Rechenschaft ablegen. Darüber hinaus beinhaltet das Ideal, dass das Volk und seine Vertreter den Kurs der politischen Gemeinschaft bestimmen können. Politische Parteien und Interessengruppen präsentieren die Alternativen zu diesem Kurs. Das Volk kann seinerseits durch sein Votum für Parteien bei Parlamentswahlen und die Unterstützung von Interessengruppen seine Präferenzen aussprechen. Im Rahmen der Debatten in Wahlkämpfen, durch Lobbyaktivitäten, bei Demonstrationen und während parlamentarischen Anhörungen können diese Auswahlmöglichkeiten überprüft werden.

In der Europäischen Union werden die demokratische Ablegung von Rechenschaft und die Bestimmung des politischen Kurses auf verschiedene Arten umgesetzt. In den Mitgliedsländern legen Minister vor ihren nationalen Parlamenten

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Rechenschaft über ihr Agieren im Rat der Europäischen Union ab – dem Organ, das neben dem Europäischen Parlament über die Vorlagen, welche von der Europäische Kommission verabschiedet worden sind, zu entscheiden hat. Auch die Regierungschefs, die im Europäischen Rat vertreten sind, werden auf diese Weise bei der Aufstellung der wichtigsten politischen Linien in der EU kontrolliert. In den nationalen Mitgliedsländern findet die Bestimmung des politischen Kurses im Rahmen von gesellschaftlichen und parlamentarischen Diskussionen über die Zustimmung zu Verträgen zwischen den EU-Staaten und in Debatten über den Beitrag der Regierung auf europäischem Niveau statt. Des Weiteren können nationale Parlamente angeben, ob die Vorlagen der Europäischen Kommission auf europäischem Niveau geregelt werden müssen – der sogenannte Subsidiaritätstest. Auf europäischem Niveau finden die Ablegung von Rechenschaft und die Bestimmung des politischen Kurses vor allem über das Europäische Parlament statt. Insbesondere auch auf deutsche und niederländische Bitte gibt es bereits seit dem Beginn der europäischen Integration dieses Organ, bei dem die europäische Exekutive Rechenschaft ablegen muss (Rittberger, 2005). Das Europäische Parlament trifft zudem inhaltliche Entscheidungen über die Vorlagen der Europäischen Kommission. Interessengruppen können sich ihrerseits bei den europäischen Institutionen Gehör verschaffen.

Es ist möglich, eine Menge Kritik an der faktischen Ausgestaltung des Ideals der repräsentativen Demokratie in der Europäischen Union zu üben. Zum Beispiel, die Europäische Zentralbank und der Gerichtshof der Europäischen Union können inhaltlich weitreichende Entscheidungen treffen, ohne dass das Volk oder seine Vertreter dies direkt beeinflussen können. Als Kollektiv können auch der Rat und der Europäische Rat nicht kontrolliert oder mit der ultimativen Sanktion (Entlassung) bestraft werden, auch wenn sie gerade auch auf den Gebieten Finanzen und Außenpolitik weitreichende Maßnahmen durchführen können. Darüber hinaus sind bei der Beschlussfassung oft so viele Akteure im Rat, der Kommission, dem Europäischen Parlament und den Mitgliedsstaaten beteiligt, dass es schwierig ist, einen Verantwortlichen zu benennen. Die vielen Akteure mit unterschiedlichen Präferenzen erschweren es außerdem, den inhaltlichen Kurs der Europäischen Union zu ändern. Hinzu kommt noch der Umstand, dass zurückliegende grundsätzliche Entscheidungen in europäischen Verträgen festgelegt sind. Darüber hinaus ist in diesem Kontext der mehrjährige finanzielle Rahmen anzuführen. Eine Änderung hiervon ist schwierig, weil dazu die Zustimmung von noch mehr Akteuren notwendig ist. Eine Kursänderung ist demnach eine große Aufgabe in der Europäischen Union. Wenn die Europäische Union eine repräsentative Demokratie sein will, muss sie also noch einige institutionelle Herausforderungen bewältigen. Selbstverständlich ist das nicht. Es gibt auch gute Argumente, um die Selbstständigkeit des Europäischen Gerichtshofes und der EZB prävalieren zu lassen.

Dieser Sammelband thematisiert aber nicht so sehr die institutionelle Seite der repräsentativen Demokratie der Europäischen Union, sondern die inhaltlichen Alternativen. Demokratisch betrachtet entstehen Probleme, wenn keine unterschied-

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

lichen Perspektiven und inhaltlichen Alternativen vorhanden sind. Dann fehlt es der demokratischen Debatte an Substanz, während gerade diese Debatte Wähler, Vertreter und Regierungen herausfordert, ihre Alternativen so gut wie möglich auszuarbeiten, sodass diese beurteilt werden können. Demokratisch betrachtet ist es auch nicht zu begrüßen, wenn Bürger dauerhaft etwas anderes wünschen als ihre Volksvertreter und Regierungen. Dies führt nämlich zu der Frage, ob die Europäische Union nur auf dem Papier demokratisch sein kann oder will und wie viel davon in der Praxis zur Geltung kommt.

Ein anderes Problem ergibt sich, wenn Bürger, Volksvertreter und Regierungen etwas anderes wünschen als das geltende, schwierig zu verändernde europäische Recht vorschreibt. Wenn es keine Möglichkeiten gibt, *innerhalb* der Europäischen Union eine alternative Politik – zum Beispiel hinsichtlich der sozialökonomischen Politik sowie der Haushalts- oder Flüchtlingspolitik – zu realisieren, dann wird vielleicht eine inhaltliche Alternative *außerhalb* der Europäischen Union gesucht werden (vgl. Mair, 2007). Um eine Vorstellung von den möglichen Problemen bezüglich des Funktionierens der repräsentativen Demokratie in der Europäischen Union zu bekommen, zeigt dieser Sammelband zunächst auf, welche Alternativen es für die europäische Integration unter Wählern, politischen Parteien, Interessengruppen und Regierungen gibt. Dies bildet im Folgenden die Basis für die Beantwortung der Frage, ob die Wähler tatsächlich ein anderes Europa als ihre Volksvertreter und Regierungen möchten und inwieweit Alternativen in der gegenwärtigen europäischen Konstellation zu realisieren sind.

Zu Beginn der europäischen Integration hat es eine heftige Diskussion über deren Kurs gegeben. Unter der Führung von Konrad Adenauer bekannte sich die CDU in Deutschland zum Ideal des europäischen Föderalismus. Die SPD stand auch für dieses Ideal, aber wollte nicht, dass die europäische Zusammenarbeit die Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland erschwert. Sie stimmte deshalb gegen die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. In den Niederlanden konnte das Streben nach einer europäischen wirtschaftlichen Integration auf breite Unterstützung zählen. Diese wurde als notwendig erachtet, um die Staaten Westeuropas wirtschaftlich und in internationaler Hinsicht zu revitalisieren. Ministerpräsident Willem Drees (1948–1958) bezweifelte anfänglich, ob die übrigen EGKS-Mitgliedsländer gewillt sein würden, hieran mitzuarbeiten, aber er sah dieses Streben mit dem EWG-Vertrag aus dem Jahre 1957 nichtsdestotrotz verwirklicht (Milward 1992, Harryvan 2009). Die Fragen, ob und wie die Bündnispartner auch auf den Gebieten Außenpolitik und Sicherheit zusammenarbeiten sollten und wie der soziale und demokratische Charakter des europäischen Projekts aussehen sollte, führten daraufhin zu zahlreichen Debatten.

Bei all diesen Punkten spielten Bürger jedoch eine bescheidene Rolle. Sie überließen die Beschlussfassung bezüglich der europäischen Integration wegen Zustimmung, Respekt oder Gleichgültigkeit ihren Volksvertretern und Regierungen (Lindberg & Scheingold, 1970). Der Inhalt des europäischen Integrationsprozesses

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

lieferte ab den Achtzigerjahren aber viele Anlässe, um die Debatte über die Zukunft von Europa in einem breiteren Kontext zu führen. In den Achtzigerjahren des 20. Jahrhunderts beschlossen die westeuropäischen Staaten, den internen Markt zu erweitern. Deshalb trafen sie in der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) und dem Schengen-Vertrag (1986) Vereinbarungen, um den gemeinschaftlichen Markt weiter zu vervollkommnen, indem der freie Verkehr von Gütern, Kapital, Dienstleistungen und Personen durch die weitere Aufhebung von internen Grenzen vereinfacht wurde. Darüber hinaus gab der Vertrag von Maastricht (1993) dem europäischen Projekt durch Vereinbarungen über die europäische Bürgerschaft, eine gemeinsame Währung, einen gemeinschaftlichen Grenzschutz sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik staatliche Merkmale. Damit rüttelte die Europäische Union an grundsätzlichen Aspekten der Staatengemeinschaft: Wer hat noch die ultimative Macht (Souveränität), wer hat das Sagen (Demokratie), wer trägt zur Solidarität bei (Wohlfahrtsstaat), wer gehört auf dem staatlichen Territorium dazu (Identität)? Damit war zu erwarten, dass eine prinzipielle Debatte über die Fragen, ob die europäische Integration noch nationale Staaten revitalisiert oder eher unterminiert und ob Solidarität und Demokratie in einer sich vertiefenden und erweiternden Europäischen Union noch realisierbar sind, entstehen würde. Dieser Sammelband richtet sich deshalb auf die Periode nach dem Jahre 1990, um die unterschiedlichen Perspektiven und Alternativen darzustellen.

Bei der Beschreibung von Alternativen zum heutigen Europa ist der Fokus in diesem Sammelband auf Deutschland und die Niederlande gerichtet. Gerade zwei gefestigte Demokratien können gut aufzeigen, wie repräsentative Demokratie inhaltlich ausgestaltet wird. Darüber hinaus bildete Deutschland einen wichtigen Anlass für die europäische Integration. Diese war schließlich auch beabsichtigt, um dieses Land wirtschaftlich und geopolitisch an seine Nachbarländer zu binden. Jetzt muss Deutschland immer häufiger eine Führungsrolle in der Europäischen Union übernehmen. Die Alternativen und Entscheidungen, die in Deutschland entwickelt bzw. getroffen werden, sind daher für alle EU-Bürger wichtig. Selbst wenn die kleineren Niederlande es anders wünschen, müssen sie nachdrücklich berücksichtigen, was das größere Deutschland tut. Zudem gilt die Aufmerksamkeit einem seiner Nachbarländer, den Niederlanden. Es hat die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt, weil es dem althergebrachten pro-europäischem Image nicht länger vollständig entspricht. Nicht zuletzt der Aufstieg von euroskeptischen Parteien und das Votum gegen den Europäischen Verfassungsvertrag im Rahmen des Referendums aus dem Jahre 2005 haben dazu beigetragen. Gerade wegen des Verhältniswahlsystems könnte in den Niederlanden schneller zu sehen sein, welche Veränderungen hinsichtlich der inhaltlichen Präferenzen bezüglich der europäischen Integration tatsächlich stattgefunden haben. Und weil die Niederlande in der Geschichte der europäischen Integration eine mit weniger Ballast beladene Rolle gespielt haben, kann dort freier über allerlei Alternativen gesprochen werden. Es ist nicht verwunderlich, dass in

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Deutschland die Entwicklungen in den Niederlanden an Wahltagen oder anlässlich von Referenden – zumindest kurzzeitig – aufmerksam verfolgt werden.

Die Kernfrage dieses Sammelbandes lautet daher: *Welche Entwicklungen haben die Auffassungen über die europäische Integration in Deutschland und den Niederlanden vor allem seit dem Jahre 1990 durchlaufen?* Die Beantwortung dieser Kernfrage erfordert zunächst eine Konzeptualisierung der Haltungen hinsichtlich der europäischen Integration, um auch deren eventuelle Veränderungen wiedergeben zu können.

Die Politikwissenschaft ringt mit der Konzeptualisierung der Haltungen hinsichtlich der europäischen Integration. Es gibt beispielsweise verfeinerte Konzeptualisierungen mit allerlei Neologismen, aber diese sind dadurch in der Erforschung der Haltungen und Ansichten der Vielzahl der verschiedenen Akteure nicht immer gleich gut anwendbar (siehe u. a. Flood & Usherwood, 2007). Des Weiteren wird darüber diskutiert, ab wann eine Partei als europaskeptisch gilt (siehe z. B. Taggart & Scszerbiak, 2008; Mudde & Kopecký, 2002; 2005; Leconte, 2010). Auch in der öffentlichen Debatte ist es bei weitem nicht immer klar, was mit dem Begriff „europaskeptisch" gemeint ist. Oftmals ist er eine Bezeichnung für Kritik an allem, was mit Europa zu tun hat, wodurch der Begriff kaum noch distinktiv ist. Gleiches gilt für den Begriff „Europafreundlichkeit", der öfter als (vorwurfsvolle) Bezeichnung für solche Parteien verwendet wird, die auch nur einigermaßen pro-europäisch eingestellt sind. Eine Zwischenposition zwischen Europaskepsis und Europafreundlichkeit scheint so nicht möglich zu sein. Es ist daher nicht leicht, die Haltungen hinsichtlich der europäischen Integration klar voneinander zu unterscheiden und differenziert zu charakterisieren um sie – auch international – vergleichen und erklären zu können.

Dennoch haben sich die Herausgeber dieses Bandes für Umschreibungen entschieden, die an die übliche Verwendung anknüpfen:

Nicht europaskeptische Akteure können in *europafreundliche* und *europapragmatische* Akteure unterteilt werden (Vollaard & Voerman, 2015). Europafreundliche Parteien wünschen die weitere Herausbildung einer politischen, supranationalen Union, die aus europäischen Bürgern besteht. Das schließt wie gesagt Kritik an der EU nicht aus. Kritik am demokratischen Gehalt der EU kann schließlich der Anlass für ein Plädoyer für mehr europäische politische Integration sein. Europapragmatische Akteure finden, dass die nationalen Mitgliedstaaten in der EU die wichtigsten politischen Akteure sind und dies bleiben müssen. Sie betrachten die europäische Integration als ein Instrument, das den Interessen der Bürger der nationalen Mitgliedstaaten dienen soll. Auch europapragmatische Parteien können die EU kritisieren, beispielsweise, wenn es darum geht, dass Europa nicht (mehr) nationalen Interessen dient. Im Gegensatz zu den unten definierten weichen europaskeptischen Parteien wollen sie jedoch durchaus mehr europäischen Markt und mehr Supranationalität, wenn sich dies in ihren Augen zugunsten ihrer nationalen Bürger auswirken würde.

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Es ist zu betonen, dass in diesem Sammelband nicht jegliche Kritik an der europäischen Integration unter den euroskeptischen Nenner platziert wird. Kritik am unzulänglichen demokratischen Gehalt der EU kann ja ein Ansporn für mehr politische Integration sein. Widerstand gegen eine Erweiterung kann gerade die Erhaltung der EU zum Ziel haben. Darum wird Europaskepsis hier als Opposition gegen (eines der) beide(n) Grundprinzipien der europäischen Integration definiert: Die Bildung eines freien europäischen Marktes und das Abgeben von nationaler Souveränität (Mudde & Kopecký, 2005). Die europaskeptischen Akteure lassen sich dann unterteilen in *harte europaskeptische* Parteien, die sich dezidiert gegen eines der bzw. beide Grundprinzipien wenden, und *weiche europaskeptische* Parteien, die sich gegen eine fortschreitende europäische Integration in Form eines weiterreichenden Abtretens von Souveränität und der Erweiterung des freien europäischen Marktes sträuben (Scszerbiak & Taggart, 2008).

Mit diesen vier Begriffen lassen sich die Haltungen hinsichtlich der europäischen Integration und ihre Veränderungen im Prinzip unterscheiden. Dabei ist es für eine angemessene Qualifizierung wichtig, auch die Argumentation, die zu einer bestimmten Haltung geführt hat, in Augenschein zu nehmen.

Haltung	**hart europa-skeptisch**	**weich europa-skeptisch**	**europa-pragmatisch**	**europa-freundlich**
Definition	Gegen das Abtreten von Souveränität und/oder die Bildung eines freien Binnen-markts	Gegen ein *fortschreitendes* Abtreten von Souveränität und/oder die Bildung eines freien Binnen-markts	Für oder gegen das Abtreten von Souveränität und/oder die Bildung eines freien Binnen-markts, wenn dies für die eige-nen, nationalen Bürger gut ist.	Für die Bil-dung einer politischen, supra-nationalen Union mit europäischen Bürgern und einem freien Binnenmarkt

Wie gesagt ist der Fokus in diesem Sammelband auf die Perspektiven und Alternativen für die europäische Integration bei den Regierungen, Vertretern (Interessengruppen und Parteien) und Bürger in Deutschland und den Niederlanden gerichtet. Martin Große Hüttmann bespricht in seinem Text *Leitbilder der deutschen Europapolitik im Wandel: Von den „Vereinigten Staaten von Europa" zur „Stabilitätsunion"* den Entwicklungsgang der Europa-Ambitionen der deutschen Bundesregierung in der Nachkriegszeit. Bis in die Neunzigerjahre wurde die deutsche politische Landschaft von einem Beinahe-Konsens gekennzeichnet, der als europhile Richtschnur die Gestaltung von föderalistisch geordneten Vereinigten Staaten von Europa vorschrieb, um Deutschland fest in den europäischen Strukturen zu verankern. Der Vertrag von Maastricht galt als ein vorläufiger Höhepunkt dieser „Staatswerdung

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Europas". Dann verlor das föderalistische Ideal seine Selbstverständlichkeit. Ein europäischer Bundesstaat als neuer Souverän über den nationalen Staaten galt nicht mehr als realisierbar und wünschenswert. Allerdings wurde eine föderative Aufgabenverteilung zwischen föderalen und nationalen Verwaltungsorganen befürwortet, die zum Teil im Vertrag von Lissabon (2009) realisiert wurden. Eine Reihe von „Krisen" (Bankenkrise, Schuldenkrise, Flüchtlingskrise) lehrte daraufhin die Lektion der Interdependenz: die deutschen Interessen waren dermaßen mit denjenigen der anderen EU-Länder verwoben, dass gemeinschaftliche Lösungen notwendig waren. Die Richtschnur der deutschen Regierung ist dabei eine europapragmatischere Orientierung an der Stabilität der Europäischen Union geworden.

Anjo G. Harryvan und Jan van der Harst analysieren in ihrem Beitrag *Lavieren zwischen nationalem Interesse und populistischen Sentiments: Die Suche nach einem neuen niederländischen Regierungsdiskurs über die europäische Integration* die Gestaltung und Entwicklung der Europapolitik der niederländischen Regierung. Die kräftige Unterstützung von Regierungen für die europäische Integration ab den Fünfziger- bis in die Neunzigerjahre des vorherigen Jahrhunderts wurde nur zu einem geringen Teil von europhilen, föderalistischen Überzeugungen verursacht. Solche Überzeugungen gab es zwar nachdrücklich im Parlament und in der öffentlichen Meinung, für die Regierung hingegen waren die wirtschaftlichen Interessen einer kleinen Handelsnation wichtiger. Eine überstaatliche Beschlussfassung wurde pragmatisch als notwendige Bedingung für die wirtschaftliche Integration betrachtet. Das Ende des Kalten Krieges konfrontierte das Land und die Regierung mit einer grundlegend veränderten Situation. Die Regierung hielt vorläufig an einem überstaatlichen gemeinschaftlichen Europa mit großer Verfügungsgewalt für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament fest, auch, um das neue Deutschland in engen europäischen Strukturen einzubetten. Vor allem mit der Realisierung des gemeinschaftlichen Marktes ist die niederländische Europapolitik zurückhaltender geworden. Die niederländischen Regierungen zeigen sich nun in ihrem Streben, das EU-Budget und die EU-Befugnisse zu beschränken, offen pragmatisch. Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Politik hatte dies jedoch wenig Auswirkung. Unterstützt von wechselnden Parteiformationen unterstützte die Regierung die „Big Bang"-Erweiterungen, den Entwurf der Europäischen Verfassung, den Vertrag von Lissabon und die Rettungsoperationen zur Beendigung der Bankenkrise, Schuldenkrise und Flüchtlingskrise. Ebenso wie Deutschland hingen auch die Niederlande angesichts der stark zugenommenen Interdependenz mit Händen und Füßen an europäischen Rahmenbedingungen fest. Nicht aus europhiler Liebe, sondern aus Pragmatismus akzeptierte die niederländische Regierung – manchmal mit einigem Widerwillen – die weitergehende europäische Integration.

Schwankend zwischen europhiler Gesinnung und Europa-Pragmatismus haben die deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die europäische Integration von Anfang an unterstützt, legt Wolfgang Schroeder in seinem Beitrag *Deutsche Sozialpartner und Europa: Zwischen EU-Optimismus und EU-Pessimismus*

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

dar. Integration ist laut der deutschen Arbeitgeberorganisationen elementar für die Verstärkung der europäischen Wettbewerbsposition. Heutzutage äußern sich kleinere Unternehmen kritischer über die Folgen der europäischen Politik, aber die größeren Firmen stehen uneingeschränkt hinter der pro-europäischen Stellungnahme des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI). Allerdings gibt es Vorbehalte wegen einer weitergehenden Europäisierung der Sozialpolitik, so wie bei der Festsetzung von Mindestlöhnen. Die Gewerkschaftsbewegung, vereinigt in der Dachorganisation Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), hat ebenfalls ab den frühen Fünfzigerjahren die europäische Integration mit einem warmen europhilen Herzen unterstützt. Die Überwindung des deutschen Nationalismus, das Zustandebringen eines „sozialen Europas" und die europäische Einheit als Antwort auf die fortschreitende Globalisierung, spielten eine motivierende Rolle. Die Kritik in den Gewerkschaften bezüglich europäischer Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur sowie hinsichtlich der unzureichenden Bekämpfung des Lohndumpings und der Steuerflucht wird aber größer.

Auch in den Niederlanden hat die Gewerkschaftsbewegung in der jüngeren Zeit begonnen, sich kritischer über Europa zu äußern, geht aus dem Beitrag von Elbrich Offringa *Die Federatie Nederlandse Vakbeweging, FNV, und der Weg in ein soziales Europa – vom Konsens zum Konflikt?* hervor. Seit jeher betrachtete die größte Gewerkschaft der Niederlande die europäische Integration als ein wirtschaftlich ertragreiches, soziales und demokratisches Ideal – eine ausgesprochen europhile Position. In den letzten Jahrzehnten sind vor allem die Sorgen über die Position der Arbeitnehmer im internen Markt größer geworden. Dabei steht die FNV jetzt vor der Herausforderung, die positivere Bewertung der europäischen Integration ihrer Führung mit der in die Richtung einer sanften Europaskepsis neigenden Kritik (auf Grund eines auf sozialer Ebene versagenden Europas) unter ihren Mitgliedern zu kombinieren. Dies illustriert die Spannung, die es auf diesem Repräsentationskanal geben kann.

Auch bezüglich der Vertretung durch politische Parteien kann sich wegen der europäischen Integration Spannung entwickeln, so wie es die sogenannte *sleeping giant thesis* ausdrückt (van der Eijk & Franklin, 1996), die in den beiden Kapitel über die inhaltlichen Gegenentwürfe von politischen Parteien zur Sprache kommt. Gegensätze hinsichtlich der europäischen Integration können zu einer drastischen Veränderung der parteipolitischen Landschaft führen, die bislang vor allem von den sozialwirtschaftlichen Gegensätzen „links" und „rechts" gekennzeichnet wurde. Erwartet wird, dass diese drastische Veränderung stattfindet, wenn: a) Mehr Wähler einen Standpunkt hinsichtlich der europäischen Integration einnehmen, b) Die Meinungen der Wähler über die europäische Integration immer weiter auseinander liegen, c) Wähler dem Europa-Standpunkt bei ihrer Parteienwahl mehr Bedeutung beimessen, d) Es einen Meinungsunterschied zwischen Parteien und ihren Wähler bezüglich der europäischen Integration gibt und e) Es (neue) politische Parteien gibt, die sich mit ihrem Europa-Standpunkt profilieren möchten. In seinem Beitrag

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Deutsche Parteien und die EU: Traditioneller Integrationskonsens trotz zunehmend euroskeptischer Bürger zeigt Oliver Treib, dass in Deutschland die traditionellen Parteien auf föderaler Ebene unvermindert europhil sind. Nur die bayerische CSU verfolgt eher eine europapragmatische Linie, wobei sie eine sanft-europaskeptische Rhetorik nicht scheut. Allerdings sind politische Parteien entstanden, die sich mit einer europaskeptischen Alternative profilieren. Die Linkspartei ist sanft-europaskeptisch mit ihrem Plädoyer für ein anderes Europa, das sozialer, gerechter, grüner, frauenfreundlicher und offener ist. Daneben hat die Alternative für Deutschland (AfD) einen hart-europaskeptischen Kurs eingeschlagen, vor allem bezüglich des Euros und der Flüchtlingspolitik. Dank der Linkspartei und der AfD verfügen die europaskeptischen Wähler nun auf der linken und der rechten Flanke über eine europaskeptische Partei, die sie wählen können. Die europaskeptischen Wähler in der sozialwirtschaftlichen Mitte haben aber keine europaskeptische Option, die sie wählen können. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Parteien der Mitte ihrem Europa-Standpunkt nur wenig Aufmerksamkeit widmen, auch, um keinem Wähler vor den Kopf zu stoßen. Dies zeigt aber die Repräsentationslücke in diesem Repräsentationskanal auf. Solange den Wählern aber andere Themen bei ihrer Parteiwahl wichtiger sind, wird ein erwachender europäischer Riese die parteipolitische Landschaft Deutschlands nicht umstürzen.

Im Beitrag *Niederländische Parteien und die europäische Integration: Vom Einheitsbrei zum Spaltpilz?* zeigen Hans Vollaard und Gerrit Voerman auf, dass Europhilie unter niederländischen politischen Parteien ab den Sechzigerjahren weit verbreitet war. In den Neunzigerjahren nahm die parteipolitische Europaskepsis linksextremen und protestantischen Ursprungs noch weiter ab. Allerdings wich die Europhilie vieler Mainstreamparteien dem Europapragmatismus. Nach dem Jahrtausendwechsel kam Europaskepsis durch das Wachstum der linkspopulistischen SP, der populistischen LPF und der antiislamischen PVV auf. Dadurch bietet die niederländische parteipolitische Landschaft seitdem eine vielfältige Palette von Alternativen zur europäischen Integration. Mehr noch als das Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag (2005) sorgte die Euro-Krise seit dem Jahre 2010 für bleibende Aufmerksamkeit für die europäische Integration. Nichtsdestotrotz lassen sich niederländische Wähler bei Wahlen nicht so sehr vom Europa-Standpunkt von politischen Parteien leiten. Der angenommene europäische Riese ist in den Niederlanden deshalb erst halb erwacht.

Zwei Kapitel beschäftigen sich spezifisch mit der öffentlichen Meinung. Aus dem Beitrag *Die öffentliche Meinung zur Europäischen Union in der Bundesrepublik Deutschland* von Wilhelm Knelangen geht hervor, dass die deutsche Öffentlichkeit die europäische Integration lange Zeit wohlwollend akzeptierte. Dies hat sich nach Maastricht allmählich verändert. Mehr als Europaskepsis ist vor allem ein interessenorientierter Europapragmatismus in der deutschen Öffentlichkeit angewachsen. Es werden regelmäßig große Zweifel über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft geäußert. Seit dem Beginn dieses Jahrhunderts kann die EU-Erweiterung nicht mehr

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

mit der Unterstützung der Mehrheit rechnen. Außerdem vertrauen die Bürger der Europäischen Union weniger als der Bundesregierung. Nichtsdestotrotz ist die Unterstützung für einen Austritt in Deutschland relativ gering. Dasselbe Bild zeigt sich in den Niederlanden, so geht es aus dem Beitrag *Europinie: Die niederländischen Bürger und ihre Meinungen über Europa und die europäische Integration* von Joop van Holsteyn und Josje den Ridder hervor. Schon früh konnte die niederländische Öffentlichkeit die europäische Integration wertschätzen, obwohl die Aussicht einer politischen Föderation auch damals schon gemischte Reaktionen hervorrief. Nach Maastricht sank die Wertschätzung der EU-Mitgliedschaft und der damit verbundenen Vorteile allerdings. Diese stieg wieder nach dem Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag (2005), um danach erneut während der Euro-Krise zu sinken. Nichtsdestotrotz betrachtet immer noch eine große Mehrheit der Niederländer EU-Mitgliedschaft ihres Landes als eine gute Sache, die Vorteile mit sich bringt. Allerdings kann eine EU-Erweiterung nicht länger auf die Unterstützung der Mehrheit zählen. Die Vorstellung, dass der EU-Ukraine-Vertrag zu einem künftigen EU-Beitritt der Ukraine führen könnte, hat deshalb das Nein-Votum im Referendum über den Vertrag im Jahre 2016 verstärkt. Die Ablehnung des Vertrages ist aber kein Zeichen, dass Niederländer einen EU-Austritt befürworten würden. Dafür gibt es bei weitem keine Mehrheit. Die Autoren zeigen auch auf, dass die Anhängerschaft der klassischen Regierungsparteien CDA, PvdA und VVD bezüglich der europäischen Integration gespalten ist, auch wenn das Thema nur eine eingeschränkte Rolle beim Wahlverhalten spielt. Sollte der europäische Riese jemals vollständig erwachen, dann würde dies demnach heftige Folgen für die parteipolitische Landschaft der Niederlande haben.

Vorläufig ist die wichtigste Schlussfolgerung, dass Europa immer mehr zur Diskussion steht. In der Bevölkerung gibt es einen größeren Gedankenaustausch über allerlei Aspekte der europäischen Integration und der EU. Mehr als Interessengruppen widmen sich politische Parteien der Präsentation von allgemeinen Alternativen zum heutigen Europa. Insbesondere dank europaskeptischer Parteien wie SP, Die Linke, PVV und AfD werden Wählern mehr inhaltliche politische Alternativen geboten. Damit ist hinsichtlich inhaltlicher Auswahlmöglichkeiten verhindert worden, dass die europäische (repräsentative) Demokratie blutleer wird, weil dies zur Belebung der Debatte über die Qualität der Perspektiven und Alternativen führt und Wählern stärker ins Bewusstsein ruft, was bei der europäischen Integration auf dem Spiel steht. Europaskeptische Parteien sind damit paradoxerweise ein notwendiger Impuls für die europäische Demokratie gewesen. So etwas gilt umso mehr, wenn wir den politikwissenschaftlichen Unterschied zwischen „klassischer Opposition" und „prinzipieller Opposition" berücksichtigen. Eine klassische Opposition bestreitet, aber akzeptiert die Regierungsmacht, eine prinzipielle Opposition möchte das politisches System als solches umstürzen. Diese beiden Formen von Opposition bilden kommunizierende Röhren: je weniger Raum es für klassische Opposition (die Möglichkeit, die Politik zu verändern) gibt, umso größer ist der

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Raum für prinzipielle Opposition in der Form von Widerstand und Aufstand. Die jüngere Geschichte zeigt, dass anti-europäische Bewegungen wie diejenige von Le Pen, Farage und Wilders aufblühten, gerade weil viele Europa als einen fahrenden Zug betrachteten, einen Moloch, gegen den man nichts ausrichten konnte. Nichtsdestotrotz kennt die Europa-Debatte ihre Einschränkungen. Die Dominanz von Europapragmatismus suggeriert oft, dass es keine Alternativen zur heutigen Form der europäischen Integration gebe und dass diese aus diesem Grunde akzeptiert werden müsse. Idealistische Visionen sind derzeit eher im europaskeptischen Lager zu finden, so wie bei nationalistischen Parteien, die von einer souveränen und reinen Nation träumen. Europhile Parteien schrecken regelmäßig davor zurück, ihre europäischen Ideale nachdrücklich feil zu bieten, um bestimmte Wähler nicht zu verlieren. Dadurch kommen die inhaltlichen Alternativen in und für Europa im Rahmen der demokratischen Debatte seltener zur Sprache, sodass diese weniger auf ihre Qualität überprüft werden. Dies bleibt demnach eine Schwäche in der europäischen repräsentativen Demokratie.

Ein anderes Problem in der europäischen repräsentativen Demokratie ist der Unterschied im Hinblick auf Europa-Standpunkte zwischen Regierungen und Volksvertretern einerseits und der breiten Öffentlichkeit andererseits. Bei Gewerkschaften wie der FNV führte dies schon zu Spannungen zwischen der Führung und den Mitgliedern. Wähler finden vorläufig noch andere Themen als die europäische Integration bei Wahlen wichtiger, wodurch der Unterschied bezüglich der Standpunkte noch nicht zu tiefgreifenden Verschiebungen in der parteipolitischen Landschaft geführt hat. Die Folge ist, dass die europäischen Präferenzen von Wählern nicht immer gleich gut zur Geltung kommen. Zwei Mal wurde dies in den Niederlanden bei Referenden über EU-Themen deutlich, wobei das Elektorat anders abstimmte als es eine übergroße Mehrheit der Volksvertreter und die Regierung gerne gesehen hätte.

Demokratisch betrachtet gibt es noch ein inhaltliches Problem in der EU, so zeigt es sich anhand der Fälle Niederlande und Deutschland. Die europaskeptischen Alternativen zur europäischen Integration umfassen (teilweise) die Wiederherstellung von Souveränität und eine soziale, grüne und demokratische Beschränkung des europäischen Marktes. Diese Alternativen sind aber schwierig zu realisieren, weil dies umfangreiche Vertragsänderungen erfordern würde. Dafür ist die Zustimmung von vielen Akteuren in allen EU-Mitgliedsländern notwendig. Ein konstitutiver Aspekt von repräsentativer Demokratie, eine Änderung des politischen Kurses, ist dadurch problematisch in der EU. Könnte dies zu einem anwachsenden Wunsch, die EU dann lieber zu verlassen, um so als Nation das eigene Schicksal wieder zu bestimmen, führen? Das ist die Frage. Der Austrittswunsch hängt schließlich auch davon ab, ob ein Land eine Perspektive außerhalb der EU hat (Vollaard, 2014). So wie man auch anhand der öffentlichen Meinung in den Niederlanden und in Deutschland ablesen kann, scheint dies für Länder auf dem europäischen Kontinent, die geopolitisch und wirtschaftlich eng miteinander verbunden sind, nur in einem eingeschränkten Maße

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

der Fall zu sein. Ein Votum für einen Dexit oder Nexit ist deshalb nicht schnell zu erwarten, wie sehr die europaskeptische Kritik auch noch weiter anwachsen mag. Dies gewährt einen gewissen Aufschub, um eine Europäische Union zu realisieren, in der alle inhaltlichen Alternativen mehr Spielraum bekommen, damit die demokratische Diskussion über die europäische Integration besser geführt werden kann. Diese Diskussion ist mittlerweile in voller Stärke entbrannt. Mit der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederbelebung der europäischen Ökonomien im Jahre 2017, der Wiederwahl von Merkel und Rutte und der neuen französischen Präsidentschaft von Emmanuel Macron ist eine neue Phase angebrochen. Der „patriotische Frühling", zu dem der Front National, die PVV und die AfD mit ihren weichen und harten europaskeptischen Bundesgenossen anderswo aufriefen, scheint im Sande verlaufen zu sein. Ein Aufleben der französisch-deutschen Achse führt zu einer Reihe von Vorschlägen zur Vertiefung und Ausbreitung der Europäischen Union, eine Vertiefung und Ausbreitung, die – paradoxerweise – als Folge des Brexits plausibler und realisierbarer werden. Eine Vertiefung des Instrumentariums der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, um einer neuen Krise schlagkräftiger die Stirn bieten zu können, findet breite Unterstützung. Die Harmonisierung von Steuern für Unternehmen, während der britischen Mitgliedschaft ein indiskutabler Punkt, steht nun öffentlich auf der Agenda. Der neue französische Staatspräsident strebt ein gemeinsames europäischen Verteidigungsbudget und eine gemeinschaftliche EU-Interventionsmacht ab dem Jahre 2020 an. Wir können von einer Renaissance hinsichtlich des Denkens über Europa in den Termini Herausforderungen und Lösungen sprechen. Es entsteht eine neue europäische Politik, hoffentlich im hellen Licht der Öffentlichkeit.

Hans Vollaard, Anjo G. Harryvan und André Krause

Literatur

Eijk, C. van der & Franklin, M. (2004). Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe. In: Marks, G. & Steenbergen, M. (Hrsg.), *European Integration and Political Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 32–50.

Flood, C., & Usherwood, S. (2007). *Ideological Factors in Party Alignments on the EU: A Comparison of Three Cases. Paper presented at the EUSA tenth biennial international conference.* Montreal, 17.–19. Mai 2007.

Harryvan, A.G. (2009). *In pursuit of influence. The Netherlands' European policy during the formative years of the European Union, 1952–1973*. Brussel: P.I.E.-Peter Lang.

Leconte, C. (2010). *Understanding Euroscepticism.* Basingstoke: PalgraveMacMillan.

Lindberg, L. & Scheingold, S. (1970). *Europe's would-be polity: Patterns of change in the European Community*. Engelwood Cliffs (NJ): Prentice Hall.

Mair, P. (2007). Political opposition and the European Union. *Government and Opposition*, 42(1), 1–17.

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

Milward, A. (1992), *The European Rescue of the Nation-State*. London: Routledge.

Mudde, C., & Kopecký, P. (2005). Euroscepsis: een conceptualisatie. In Vollaard, H. & Boer, B. (Hrsg.), *Euroscepsis in Nederland*. Utrecht: Lemma, S. 15–22.

Rittberger, B. (2005), *Building Europe's Parliament: Democratic Representation beyond the Nation-State*. Oxford: Oxford University Press.

Scszerbiak, A., & Taggart, P. (2008). Theorizing Party-based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement, and Causality. In Scszerbiak, A. & Taggart, P. (Hrsg.). *Opposing Europe: The Comparative Party Politics of Euroscepticism*. Oxford: Oxford University Press, S. 238–262.

Vollaard, H. (2014). Explaining European disintegration. *Journal of Common Market Studies*. 52(5), 1142–1159.

Vollaard, H. & Voerman, G. (2015). De Europese opstelling van Nederlandse politieke partijen. In Vollaard, H., van der Harst, J. & Voerman, G. (Hrsg.). *Van Aanvallen! naar verdedigen? De opstelling van Nederland ten aanzien van Europese integratie 1945–2015*. Den Haag: BoomBestuurskunde, S. 99–182.

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.

© Waxmann Verlag GmbH. Nur für den privaten Gebrauch.